



Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold

FORUM AKTIVER DEMOKRATEN E.V.

1924 in Magdeburg gegründet - gemeinnützige Körperschaft

Wie konnte Hitler an die Macht kommen?

Durch den Tod des Reichspräsidenten und Sozialdemokraten Friedrich Ebert verlor die Weimarer Republik einen ihrer großen Verteidiger. Im Jahre 1925 wurde Hindenburg zu seinem Nachfolger gewählt. Anders als bei Ebert gab es beim Monarchisten Hindenburg keine Gewähr, dass er sich im Ernstfall als Hüter der demokratischen Verfassung erweisen würde.

In ihrer großen Bewährungsprobe zerbrach dann die parlamentarische Demokratie daran, dass sich die Mehrheit der Machteliten nicht mehr für die Republik einsetzte. Hindenburg war bereits bei seiner Wahl ein betagter Mann und sein politisches Urteilsvermögen versagte immer mehr. Man kann Zweifel haben ob er je eins gehabt hat. Er war Schuld, dass das Gerede von der „Dolchstoßlegende“ aufkommen konnte als er im Jahre 1919 vor dem Untersuchungsausschuss des Reichstages erklärte, wir seien im November 1918 unbesiegt geblieben und hätten den Krieg nur durch die Streiks der Heimatfront verloren. Man muss sich immer wieder in Erinnerung rufen, dass es die Bayerische Volkspartei war, die Hindenburg zum Sieg über Dr. Marx verholfen hat, der Kandidat ihrer Schwesterpartei, des Zentrums.

Beim Sturz der „Großen Koalition“ der demokratischen Parteien unter Führung der SPD 1930 hatte Hindenburg eine große Mitschuld. Er hatte bereits im März 1929 insgeheim mit dem Fraktionsvorsitzenden der Deutschen Nationalen Volkspartei, Graf Westarp, Geheimgespräche geführt, um die Möglichkeit zu erörtern, eine Regierung ohne und gegen die SPD zu bilden. Hintergrund war die Weltwirtschaftskrise, von der Deutschland nach den USA am stärksten betroffen war. Sie führte zur Massenarbeitslosigkeit. Die bisherige Arbeitslosenversicherung überstieg jetzt bei weitem die finanziellen Möglichkeiten der Regierung. Da die SPD die Leistungskürzungen bzw. die Beitragserhöhungen nicht mittragen wollte, blieb Reichskanzler Müller nur noch seinen Rücktritt zu erklären. War die SPD hier zu unbeweglich gewesen? So sollte es jedenfalls nach außen erscheinen. Doch bereits nach 3 Tagen, und ohne vorherige Koalitionsverhandlungen, ernannte Hindenburg Brüning zum Reichskanzler. Damit lag der Rückschluss nahe, dass der Bruch der „Großen Koalition“ - die letzte Weimarer Regierung, die sich auf eine Mehrheit im Reichstag stützen konnte - von Hindenburg und seiner Kamarilla geplant

war. Auch die Koalitionsparteien der SPD in der „Großen Koalition“ waren von dem Intrigenspiel zum Sturz dieser Regierung eingeweiht. Es erfolgte im Zusammenspiel einflussreicher Kreise, die politisch autoritär waren bzw. monarchistisch und die handfeste wirtschaftliche Interessen vertraten:

Mit dem Tod des Vorsitzenden der Deutschen Volkspartei, Gustav Stresemann, verschärfte sich umgehend der sozialpolitische und wirtschaftliche Streit in der Regierung Müller. Stresemann, ein Vernunftrepublikaner, der den Ausgleich mit der SPD für wichtig hielt, hatte schon große Mühe gehabt, seine Partei zum Eintritt in die „Große Koalition“ zu bewegen. Aber auch die katholische Zentrumspartei hatte Ende der zwanziger Jahre einen Rechtsruck vollzogen. Daran war ihr neuer Vorsitzender, Prälat Kaas, maßgeblich beteiligt. Kaas scheute sich später auch nicht, mit Hitler zu verhandeln. Der SPD freundliche Gewerkschaftsflügel des Zentrums geriet immer mehr auf Reichsebene in die Minderheit. Nicht so in Preußen. Auch die Deutsche Demokratische Partei, einst eine große Stütze der Weimarer Republik, driftete immer mehr nach rechts ab. Ihr Stimmenanteil, der 1919 noch 18,5 % betrug, ging 1928 auf unter 5 % zurück.

Die Weimarer Republik stürzte ohne demokratisch legitimierte Regierung in die große Katastrophe: Die neue Regierung Brüning besaß keine Mehrheit im Reichstag. Dabei hätte die Weimarer Republik gerade jetzt eine demokratische und handlungsfähige Regierung dringend gebraucht: Der höchste Stand der Arbeitslosenzahlen wurde Anfang 1932 mit über 6 Millionen erreicht. Dazu kamen noch die vielen nicht registrierten Zahlen der Kurzarbeiter. Hinter diesen Zahlen muss man die Menschen sehen, die davon betroffen waren. Die Wohnungen ohne Wärme, immer hungrig und die schulentlassenen Jungen und Mädchen ohne Chance auf eine Lehrstelle. All dies führte zur Angst und Bitterkeit. Zu der Arbeitslosigkeit kam noch die Erinnerung an den verlorenen Krieg und das Diktat von Versailles, das Deutschland so gedemütigt hatte. Bei diesen Menschen fiel Hitlers Parole von der Dolchstoßlegende und den Novembervbrechern auf fruchtbaren Boden. In dieser Situation waren Menschen für Argumente der Vernunft nicht mehr zugänglich. Das war die große Chance für

Hitler. Die Nazis wurden nicht ohne Grund erst zu Beginn der Weltwirtschaftskrise von einer Splitterpartei zu einer starken Partei. Mit einer wahren Meisterschaft zog Hitler mit seiner Demagogie die Menschen an.

Demgegenüber stand die große Schwäche der Weimarer Republik, ihre Unfähigkeit, eine starke Regierung zu bilden. Nach dem Diktat von Versailles verloren 1920 die 3 demokratischen und republikanischen Parteien, SPD, Zentrum und DDP ihre dreiviertel Mehrheit und hatten überhaupt keine absolute Mehrheit mehr. Bei den Reichstagswahlen 1930 erhielten 10 Parteien jeweils mehr als 1 Million der Stimmen. Durch diese Zersplitterung war es fast unmöglich eine mehrheitsfähige Regierung zu bilden. Anders sah es noch in Preußen aus. Hier bildete von 1919 - 1932 eine Mehrheit aus Sozialdemokraten, Zentrum und DDP das Bollwerk der Deutschen Demokratie.

Bei den 1930 durchgeführten Wahlen zum Reichstag wurden die Nazis die zweitstärkste Partei. Hitler erklärte jetzt: *„Für uns ist das Parlament nur ein Mittel zum Zweck. Wir sind im Prinzip keine parlamentarische Partei, denn dann stünden wir im Widerspruch zu unserer ganzen Auffassung. Nur die Verfassung zwingt uns, durch Wahlen an die Macht zu kommen. Wir wissen, dass wir die Demokratie mit demokratischen Mitteln schlagen müssen. Doch einmal demokratisch an die Macht gewählt, werden wir die Verfassung nach unserem Gutdünken verändern.“*

Hier spricht Hitler ganz offen aus, was er von einer Demokratie hält und dass er eine Diktatur errichten will. Im Prozess vor dem Reichsgericht am 23. September 1930 sagte Hitler als Zeuge aus: *„Ich darf Ihnen versichern, wenn wir mit unserem Kampfgeist siegen, dann wird ein nationalsozialistischer Staatsgerichtshof kommen, dann wird der November 1918 seine Sühne finden und dann werden auch Köpfe rollen.“* Es ist vollkommen unbegreiflich, dass die bürgerlichen Parteien diese Äußerungen von Hitler nicht ernst genommen haben und sich der Illusion hingaben Hitler sei „zu zähmen“. In einem Brief 1932 an Brüning schrieb Hitler: *„Die grundlegende These einer Demokratie lautet, alle Macht kommt vom Volke. Wenn uns das Volk wählt, haben wir das Recht, eine Verfassung, die sich als nutzlos erwiesen hat, zu ändern.“* Aber Schleicher, Papen, Hugenberg, Zentrum, DDP, DVP, DNVP und die Kamarilla um Hindenburg nahmen Hitlers Worte nicht ernst. Sie waren von ihren Fähigkeiten überzeugt, diesen ungebildeten Agitator zu lenken.

Aber die Tragik der Weimarer Republik war auch, dass sie nicht nur von den Nazis, Stahlhelm und Deutschnationalen bekämpft wurden, sondern auch von den Kommunisten. Die Kommunisten schlugen sich nicht nur mit der SA, sondern auch mit dem Reichsbanner. Sie spotteten über das Reichsbanner: *„Reichsbananen, genau so weich wie Bananen und auch genau so krumm.“* Die Sozialdemokraten wurden als „Sozialfaschisten“ und als „Radieschen“ beschimpft. *„Außen rot und innen*

weiß.“ Der wahre Gegner war für die Kommunisten nicht Hitler, sondern die SPD. Die von Stalin befohlene Politik der KPD billigt sogar, dass Hitler an die Macht kommen konnte. So machten sie gemeinsame Sache mit den Nazis, als es um den Sturz der Regierung von Preußen ging und beim Verkehrsstreik in Berlin. Durch die zunehmende Verarmung der Menschen in der Weltwirtschaftskrise trat auch eine politische Radikalisierung ein. Politische Gewalt wurde immer mehr zu einer alltäglichen Erscheinung. Von 1931 - 32 häuften sich zunehmend die blutig verlaufenden Straßenkämpfe und Saalschlachten. In vielen Städten herrschten, besonders an Sonntagen, bürgerkriegsähnliche Zustände. Im Sommer 1932 wurde der blutigste Wahlkampf in der deutschen Geschichte geführt. Allein in den beiden Monaten Juni und Juli forderten die Schießereien und Mordanschläge über 300 Tote und mehr als 1.100 Verletzte. Allein bei dem „Altonaer Blutsonntag“ starben bei Straßenkämpfen 18 Menschen und 68 wurden schwer verletzt.

Im Juli 1932 wurden die von der SPD geführte preußische Landesregierung durch Hindenburg und Papen für abgesetzt erklärt. Das war ein reiner Willkürakt gegen das Bollwerk der Demokratie in Deutschland. Manche Historiker bezeichneten ihn als Staatsstreich. Die Historiker haben sich die Frage gestellt, ob ein erfolgreicher Widerstand der demokratischen Parteien gegen den „Papenstreich“ möglich gewesen wäre. Die Mehrheit der Historiker verneinen dies. Die SPD hatte aus ihren eigenen Erfahrungen der Jahre 1918 - 1920 die Lehre gezogen, ihre Politik ausschließlich an den Prinzipien der Legalität, Humanität und Gewaltlosigkeit auszurichten.

Von der geplanten Absetzung der preußischen Regierung Braun/Severing erhielt Hitler bezeichnenderweise zuvor von Papen Nachricht. Die Nazis erhielten jetzt einen gewaltigen Auftrieb. Bei den Reichstagswahlen im Juli 1932 konnten die Nazis mit 37,3 % der Stimmen ihren Anteil mehr als verdoppeln.

Und dennoch hätte die Machterschleichung Hitlers selbst jetzt noch verhindert werden können: Bereits 4 Monate nach der Juli-Wahl ging der Anteil der Nazis bei erneu-

Das Reichsbanner	Erscheint seit 1924
Organ des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. und des Freiheitsbundes e.V. Berlin, Mitglied der Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV).	
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Frankfurt am Main.	
„Das Reichsbanner“ ist eine Publikation des Bundesvorstandes Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Postfach 10 18 44, 60018 Frankfurt am Main.	
„Das Reichsbanner“ erscheint jährlich in vier Ausgaben. Der Bezugspreis beträgt 6,00 Euro zuzüglich Versandkosten im Jahr. Abbestellungen bis 6 Wochen vor Jahresschluss.	
Gesamtherstellung: Druckerei L. Ludewig-Nold, Ahornstr. 30, 65933 Frankfurt am Main.	
Redaktion und Pressesprecher: Hans Bonkas, presserechtlich verantwortlich.	
Anschrift des Verlages, der Redaktion und des Vertriebes: Postfach 10 18 44, 60327 Frankfurt am Main.	
Für unverlangt eingesandte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Namentlich gezeichnete Beiträge stellen nicht unbedingt die Meinung der Redaktion dar. Offizielle Stellungnahmen des Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V. werden gekennzeichnet.	

ten Wahlen zum Reichstag um über 2 Millionen zurück. Ursache für den Stimmenverlust war u.a., dass Hitler sich ganz offen mit brutalen Mördern solidarisierte: Am 10. August 1932 hatten mehrere SA-Leute einen Arbeitslosen vor den Augen seiner Mutter brutal zu Tode getreten und getötet. Das geschah in dem oberschlesischen Ort Potemba. Vom Reichsgericht wurden sie zum Tode verurteilt, von Papen jedoch später zu lebenslänglich begnadigt. Hitler schickte diesen rechtskräftig verurteilten brutalen Mördern ein Telegramm. Dabei stellte er die bürgerliche Rechtsordnung in Frage: Das Urteil sei ein ungeheuerliches Blutsurteil und er fühle sich mit den Verurteilten in unbegrenzter Treue verbunden. Er werde für ihre Freiheit kämpfen, denn das sei für ihn eine Frage der Ehre. Eine Regierung, unter der ein solches Blutsurteil möglich sei, müsse mit allen Mitteln gestürzt werden. Sofort nach seiner Machterschleichung hat Hitler diese brutalen Mörder in Freiheit gesetzt.

Es ist unfassbar, dass die bürgerlichen Parteien trotzdem mit diesem Mann, der sich mit Mördern solidarisierte, Koalitionsverhandlungen eingingen. Fritz Schäfer, damals Vorsitzender der Bayerischen Volkspartei und später Vorsitzender der CSU forderte noch am 20. Januar 1933 Hindenburg auf, Hitler zum Reichskanzler zu ernennen. Dabei erklärte er seine Bereitschaft, in einem Kabinett Hitler mitzuarbeiten. Nach dem Rücktritt von Brüning wurde die Intrige endgültig zum Hauptmittel der Regierungsbildungen. Beteiligt daran war die Kamarilla des Reichspräsidenten, Schleicher, Hugenberg, Meißner, der Sohn von Hindenburg und ganz besonders Papen. Zunächst wurde Papen mit Unterstützung von Schleicher an die Macht gebracht. Als er im Reichstag keine Mehrheit fand, intrigierte jetzt Schleicher gegen Papen um selbst Reichskanzler zu werden. Aber auch er fand keine Zustimmung im Parlament. Jetzt rächte sich Papen an Schleicher und betrieb dessen Entlassung. Trotz seiner schlechten Erfahrungen mit Hitler, wechselte er in das Lager der Hitlerbefürworter über. Papen genoss noch immer das Vertrauen von Hindenburg. Er war als einziger in der Lage, das Misstrauen Hindenburgs gegenüber Hitler zu zerstreuen. Hatte der doch noch einige Monate zuvor erklärt, dass Hitler vollkommen ungeeignet sei, Kanzler zu werden. Er sei gerade noch fähig bei ihm Postminister zu werden. Mit Wissen von Hindenburg fanden jetzt in der Wohnung von Ribbentrop in Berlin Verhandlungen statt. Daran nahmen Hitler, Göring, Papen, Hugenberg und der Sohn von Hindenburg

teil, sowie einige Industrielle. Man einigte sich schließlich, dass dem Kabinett Hitler 3 Nazis und 9 Minister der Deutschnationalen bzw. Parteilose angehören sollten.

Hindenburg ging auf den Kuhhandel ein und ernannte Hitler am 30. Januar 1933 zum Reichskanzler, obwohl Nazis und Deutschnationale im Reichstag keine Mehrheit hatten. Welch ein Dummkopf Papen war, zeigte sich, als er einem konservativen Kritiker sagte: „Was wollen Sie denn? Ich habe doch das Vertrauen von Hindenburg. In 2 Monaten haben wir Hitler so in die Ecke gedrückt, dass es quietscht.“ Nun, Hitler brauchte nicht einmal 6 Monate, dann war Papen, die Deutschnationalen und die Kamarilla um Hindenburg in die Ecke gedrängt.

Doch die eigentliche Sterbestunde der Weimarer Republik ereignete sich erst mit der Annahme des Ermächtigungsgesetzes am 21. März 1933. Hier wurde Hitler mit Zustimmung der bürgerlichen Parteien ermächtigt, praktisch eine Diktatur zu errichten. Er wurde ermächtigt 4 Jahre ohne den Reichstag zu regieren, konnte also schalten und walten wie er wollte. Allein die SPD brachte den Mut auf gegen dieses Gesetz zu stimmen. Als Otto Wels, der Vorsitzende der SPD, sprach, war tiefe Stille im Saal, so dass man draußen das Gegröle von SA und SS hören konnte. „Wir wollen das Gesetz - sonst Mord und Totschlag“. Es gehörte großer Mut dazu, in dieser Situation sich vor die Nazihorden zu stellen und das Gesetz abzulehnen. Wels schloss seine Rede mit den Worten: „Man kann uns das Leben und die Freiheit nehmen aber niemals die Ehre, die SPD stimmt gegen dieses Gesetz“. Für das Zentrum erklärte Prälat Kaas die Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz. Das entsprach genau der schäbigen Politik der Konzessionen gegenüber Hitler, die das Zentrum seit Sommer 1932 verfolgte.

Nach der Abstimmung brach im Saal der Krolloper und draußen begeisterte Zustimmung aus. Die Nazis hatten auch allen Grund zur Freude. Mit der Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz war Hitler jetzt unabhängig vom Reichstag und Reichspräsidenten. Dazu hatte er das Recht von der Verfassung abzuweichen. Die Straße hatte jetzt die Machtmittel über Deutschland gewonnen. Der Pöbel war an die Macht gekommen und das mit Zustimmung der bürgerlichen Parteien.

Hans Bonkas

Interview mit Franz Müntefering Fraktionsvorsitzender der SPD

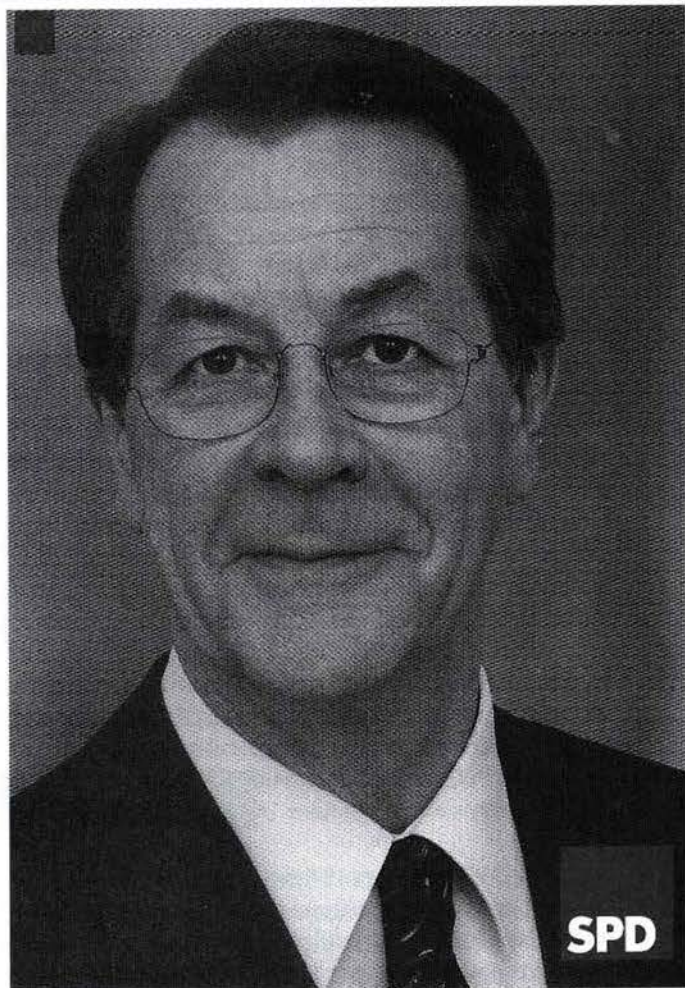
Nach der Ansicht fast aller Zeitungen war der Start der neuen Bundesregierung nicht erfolgreich. In fast allen Presseorganen unterstellt man der Regierung Schröder Wahlbetrug. Wie sehen Sie das und war der finanzielle Spielraum der Bundesregierung vor der Wahl nicht bekannt?

Wir haben in den letzten Monaten mit vorsichtigen

Prognosen gearbeitet. Im Sommer zeichnete sich eine positive Entwicklung ab. Erst in den letzten Wochen wurde klar, dass die Einnahmen dramatisch einbrechen würden. Die Länder wussten nicht später als der Bund, wie der Trend ist. Trotzdem hat Stoiber - anders als wir - weiter unfinanzierbare und unhaltbare Wahlkampfversprechen im Umfang von insgesamt 70 Milliarden Euro gemacht.

Durch die Senkung der Körperschaftssteuer für Kapitalgesellschaften wurde die steuerliche Entlastung der Unternehmen sehr großzügig gesenkt. Damit sollten neue Investitionsanreize geschaffen werden. Diese sind jedoch ausgeblieben. Benachteiligt wurden jedoch die Kleinaktionäre weil ihnen die Körperschaftssteuer ab 2002 nicht mehr vergütet wird. Finden Sie das richtig?

Es ist richtig, dass die Körperschaftssteuer auf einheitlich 25 Prozent gesenkt worden ist. Anders als Personen-



Franz Müntefering, Fraktionsvorsitzender der SPD

unternehmen zahlen Kapitalgesellschaften aber noch Gewerbesteuer in Höhe von durchschnittlich 13,6 Prozent, während erstere diese Gewerbesteuerlast pauschal mit ihrer Einkommensteuerschuld verrechnen können. Kleinaktionäre werden nicht benachteiligt. Zwar erhalten sie infolge der Einführung des so genannten Halbeinkünfteverfahrens keine Körperschaftsvergütung mehr, sie müssen aber auch nur noch die Hälfte ihrer Dividenden versteuern. Die neue definitive und beim Aktionär nicht mehr anrechenbare Körperschaftssteuer von 25 Prozent auf der einen und die nur hälftige Besteuerung der Dividenden bei den Aktionären auf der anderen Seite sind also zwei Seiten derselben Medaille. Die Kleinaktionäre profitieren sogar doppelt. Zum einen, weil sich die durch die geringere steuerliche Belastung ergebende bessere Eigenkapitalausstattung der Unternehmen tendenziell positiv auf den Kurswert der Aktien

auswirkt. Zum anderen, weil sich durch das Halbeinkünfteverfahren die Wirkung des Sparerfreibetrages in Bezug auf Dividenden verdoppelt. Eheleute können 6.200 Euro an Dividenden beziehen, ohne Steuern zu bezahlen.

Ihr Nachfolger im Amt des Generalsekretärs, Olaf Scholz, strebt für die SPD „die Lufthoheit über Kinderbetten“ an. Teilen Sie diese Ansicht?

Aufgabe des Generalsekretärs ist es, Argumente auch einmal zuzuspitzen. Das war so, als ich dieses Amt ausgeübt habe, das gilt auch für Olaf Scholz. Seine Worte sind aus dem Zusammenhang gerissen und böswillig interpretiert worden. Richtig ist: Wir machen die bessere und gerechtere Familienpolitik. Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist eines unserer wichtigsten Projekte für das kommende Jahrzehnt.

Wie Ihnen bekannt, führen wir seit 10 Jahren Seminare mit Jugendlichen und Zeitzeugen durch. Dabei stellen wir fest, dass die jungen Menschen zunehmend an den Parteien Kritik üben. Sie reden nach ihrer Ansicht mit zwei Zungen und haben in erster Linie das Wohl ihrer Partei und nicht das Wohl Deutschlands im Auge. So kritisieren CDU/CSU die Bundesregierung wegen der hohen Arbeitslosigkeit und verschweigen, dass am Ende der Regierung Kohl diese noch höher waren. Dieses trifft auch bei den Lohnnebenkosten zu. Sie sind mehrheitlich der Ansicht, dass keine der beiden Volksparteien hier eine befriedigende Lösung vorweisen kann. Können Sie die Ansicht der Jugendlichen nachvollziehen?

Wir tun alles, um einen solchen Eindruck, dem auch die Berichterstattung mancher Medien Vorschub leistet, entgegenzutreten. Wir haben nach der Bundestagswahl zügig Reformen des Arbeitsmarktes und der Sozialversicherungen auf den Weg gebracht. Wir handeln, statt zu reden. Anders die Opposition: Sie hat das Wahlergebnis immer noch nicht akzeptiert und verlegt sich deshalb aufs unermüdliche Schlechtreden und Nein-Sagen.

Bei der Wahl zur Parteivorsitzenden wurde Angela Merkel mit 93,7 % in ihrem Amt bestätigt. Von 796 Delegierten stimmten 746 für sie. Fast 160 Delegierte nahmen jedoch, sicherlich nicht grundlos, an der Abstimmung nicht teil. Für Friedrich Merz jedoch, den sie auf wenig schöne Art und Weise vom Amt verdrängt hat, stimmten 876 und somit 130 mehr. Bei seiner Abstimmung waren allerdings 949 Delegierte anwesend. Wie kommentieren Sie das?

Die Union hat offenbar immer noch Schwierigkeiten, ihre viel beschworene Einheit tatsächlich herzustellen.

Bei dem CDU-Parteitag haben Angela Merkel und Edmund Stoiber kein gutes Haar an der rot-grünen Bundesregierung gelassen. Sie warfen Bundeskanzler Schröder völliges Versagen vor. Frau Merkel sagte wörtlich: „Das Gefühl, das eigentlich Wichtige wird nicht gesagt, geschweige denn getan, nimmt rapide zu. Dem müssen wir etwas entgegensetzen.“ Doch das zu sagen ist eine

Sache, es zu tun eine andere. Kritisieren ist leicht wenn man nicht gleichzeitig erklären muss, wie man es besser machen will. Hier bleibt die CDU/CSU den Wählern die Antwort schuldig. Sehen Sie das auch so?

Ja, eindeutig. Die wütenden Attacken und das diffamierende Gerede von Teilen der CDU/CSU kann nicht verdrängen, dass es dort kein akzeptables politisches Konzept gibt, das unserem grundgesetzlichen Anspruch genügt, ein demokratischer und sozialer Rechtsstaat zu sein.

In den fortbildenden Schulen in Dillenburg, Wetzlar, Hanau, Rüsselheim und Zweibrücken haben wir unsere Ausstellung „75 Jahre Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold“ gezeigt und später mit insgesamt 1.800 Schüler/innen bei einer Podiumsdiskussion über die Weimarer Republik und den Kampf des Reichsbanner für den Erhalt der Republik und gegen Hitler diskutiert. Dabei haben über 70 unserer Mitglieder ihr Leben verloren. Wir waren bereits angetreten um Hitler zu verhindern. Die jungen Menschen und wir haben kein Verständnis, dass bei den Feierlichkeiten zum 20. Juli nur derer gedacht wird, die Hitler beseitigen wollten. Würden Sie sich dafür einsetzen, dass auch an unsere Opfer gedacht wird.

Die Gedenkfeiern sollen nicht allein an den Mut der am Aufstand vom 20. Juli vornehmlich beteiligten Mitgliedern des militärischen Widerstandes gegen Hitler erinnern, sondern stellen immer schon die historische Leistung aller Widerstandsgruppen ins Zentrum. Nationale Gedenkfeiern - wie der Volkstrauertag - können aber keinen Geschichtsunterricht ersetzen. Sie erinnern an die Geschichte und appellieren an die Lebenden, alles dafür zu tun, Demokratie, Frieden und Freiheit zu erhalten. Unter diesen Voraussetzungen sind Namen von Personen und Organisationen nur Symbole für die dahinter stehende große menschliche Idee von Selbstverantwortung, Humanität und Freiheit. Eine Auseinandersetzung über den Anteil Einzelner am Widerstand würde die eigentliche humanistische Botschaft des 20. Juli verwässern.

Seitens der CDU/CSU wurde die Behauptung aufgestellt, die jetzige Situation der Bundesregierung erinnere fatal an die letzte Zeit der Weimarer Republik. Sie vergessen dabei, dass ihre Vorgängerpartei, das Zentrum, bereits ab 1930 unter Prälat Kaas mit Hitler verhandelt hat. 1932/33 war das Zentrum weit davon entfernt, die Gefahr einer Nazi-Diktatur zu erkennen. Sie führten Koalitionsverhandlungen mit Hitler und haben mit ihrer Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz Hitler die Möglichkeit gegeben, eine Diktatur zu errichten. Das war das Ende von Weimar, da nur die SPD den Mut aufbrachte, dagegen zu stimmen. Sehen Sie das auch so?

Berlin ist nicht Weimar. Wer die aktuelle Situation in unserem Land mit dem Zustand der Weimarer Republik Anfang der 30er Jahre vergleicht, handelt leichtfertig. Eine enorm hohe Arbeitslosigkeit, bittere Armut, unzureichende soziale Absicherung, instabile Regierungen, Notstandsgesetzgebung und Straßenkämpfe kennzeichneten die Krise. Außerdem gab es damals nur wenige, die bereit waren, die Republik gegen ihre Feinde zu verteidigen. Zu diesen Verteidigern gehörte das Reichsbanner. Unsere heutige Situation ist eine gänzlich andere: Unsere Wirtschaft wächst, wenn auch langsamer als in den Jahren zuvor. Wir haben stabile politische Verhältnisse und eine demokratisch legitimierte Regierung, die sich auf dem Boden der Verfassung bewegt. Die Opposition wäre gut beraten, ihre Rolle im Parlament anzunehmen und endlich auszuüben, statt immer weitere Krisenszenarien auszumalen und Endzeitstimmung zu verbreiten.

Seriöse Zeitungen halten von dem der CDU/CSU eingesetzten Untersuchungsausschuss über angebliche „Wahl-lügen“ der SPD vor der Bundestagswahl nichts. Es kommt dann doch nur zu „Schlammschlachten“. Auch die CDU/CSU hat es mit der Wahrheit vor der Bundestagswahl nicht so genau genommen. Unvergessen sind Kohls Versprechungen von den „blühenden Landschaften“ und dass es wegen der Wiedervereinigung zu keinen

Union Deutscher Widerstandskämpfer- und Verfolgtenverbände e.V. (UDWV)

Kronberger Strasse 43
60323 Frankfurt am Main
Telefon und Telefax: 069-72 79 70

Vorsitzender: Georg Prinz

Erster stellv. Vorsitzender: Hans Bonkas

Stellv. Vorsitzende: Hans-Günther Cappel, Vorsitzender Richter beim Bundesdisziplinargericht a.D., Rechtsanwalt, Victor Graf von Matuschka, Ministerialrat a.D.

Weitere Vorstandsmitglieder: Horst Brüggemann, Prof. Dr. Friedrich-Wilhelm von Hase, Hans Georg Marohl, Oberst a.D., Ursula Seuß-Hess, Dr. jur. Volkmar Zühlsdorff

Angeschlossene Verbände:

Arbeitsgemeinschaft Ausbildungsschäden nach BEG, Oldenburg
Freiheitsbund e.V., Berlin

Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold, Bund aktiver Demokraten e.V., Frankfurt am Main
Verband für Freiheit und Menschenwürde e.V., Frankfurt am Main

Gemeinsames Ziel der in der UDWV zusammengesetzten Verbände sind u.a.:

Wahrung des Gedenkens an den Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Eintreten für Freiheit, Recht, Menschenwürde und Völkerversöhnung und Abwehr aller totalitären Bestrebungen von links und rechts.

Neben Verfolgten des Nationalsozialismus und der DDR gehören dem Vorstand der UDWV auch Persönlichkeiten an, die sowohl in der Zeit des Nationalsozialismus als auch in der DDR Widerstand geleistet haben und verfolgt worden sind.

Anfragen an die vorgenannten Verbände werden an dieselben von der Redaktion weitergeleitet.

sicher, dass das Seminar seine Spuren in den Köpfen junger Menschen hinterlassen hat.

Wir wissen, dass wir das alles in erster Linie Ihrem unermüdlichen Einsatz zu verdanken haben. Wir hoffen für Sie (und für uns), dass Sie auch in Zukunft Gesundheit und Kraft haben, Ihr Anliegen weiter zu verfolgen, nämlich immer wieder darzustellen, dass Demokratie

nicht selbstverständlich ist, sondern dass jeder Bürger die Pflicht hat, sich für das Fortbestehen der Demokratie einzusetzen.

Herzlichen Dank
Mit freundlichen Grüßen,
Reiner Laasch
Oberstudiendirektor



Zu einem Fototermin im 7. Stockwerk des Bundeskanzleramtes (im Zentrum der Macht) empfing Bundeskanzler Gerhard Schröder die Mitglieder des Reichsbanners, sowie die Schülerinnen und Schüler des Weidig Gymnasiums mit ihrem Schulleiter und den Lehrern.

AUFNAHME - ANTRAG

Ich beantrage meine Aufnahme als Mitglied und erkläre mich bereit, einen Monats-/jahres-Beitrag nach Selbstschätzung - mindestens 3,00 EURO monatlich -

EURO monatlich/jährlich

zu zahlen. Die Aufnahmegebühr beträgt einen Monats- bzw. 1/12 Jahresbeitrag.

....., den
(In Block- oder Maschinenschrift erbeten)

Name:

Vorname:

Beruf/Stand:

geboren am: in

Anschrift
(Straße)

PLZ-Ort:

Telefon:

RB-Zugehörigkeit bis 1933: seit: in
politisch, rassistisch, religiös Verfolgter? (Zutr. unterstr.)

Antrag veranlaßt durch:

.....
(Eigenhändige Unterschrift)

1. Vorstand zum Beschluß:
2. Nachricht an Antragsteller
3. Nachricht an Schatzmeister



Ein kleines Lächeln kann viel bewegen.

Der Flughafen Frankfurt ist groß: nach Passagieren die Nummer zwei und im Luftfrachtverkehr sogar die Nummer eins in Europa. Aber Größe ist auch im Zeitalter der Globalisierung nicht alles. Deshalb freut es uns besonders, wenn wir bei Umfragen der internationalen Presse nach den servicefreundlichsten Flughäfen der Welt regelmäßig auf den vordersten Plätzen landen. Unser Airport hat viele Gesichter: Luftverkehrskreuz, Nahtstelle der Verkehrssysteme, Marktplatz und Ort interkultureller Begegnung. Und die größte Arbeitsstätte Deutsch-

lands. Hier sind über 63.000 Menschen tätig, von denen mehr als 12.000 für die Flughafengesellschaft arbeiten. Jeder einzelne von ihnen trägt dazu bei, dass unser Service weltweit einen ausgezeichneten Ruf genießt. Denn die Qualität eines Unternehmens hängt von seinen Mitarbeitern ab. Und nicht von seiner Größe.

